

Prof. Dr. Werner Müller,  
hule Mainz, Fachbereich Wirtschaft

<https://www.prof-mueller.net/>

zugleich Mitglied der Mediziner und Wissenschaftler  
für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.

<https://www.mwgfd.de/>



## Schriftliche Antwort auf zu den Leitfragen der Fraktionen für die Enquete-Kommission 17/2 „Corona- Pandemie“ des Landtags von Rheinland-Pfalz:

Welche Lehren ziehen Sie aus fachlicher Sicht aus den bisherigen Erfahrungen mit der Corona-Pandemie für ...

1. die weitere Stärkung des Infektionsschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Risikogruppe, insbesondere soweit die in Einrichtungen leben, und der ambulanten und stationären Versorgung Covid-19-Infizierter? (Seite 2)
2. den gezielten Einsatz von Kommunikationsmitteln mit Blick auf Transparenz und Information der Bürgerinnen und Bürger? (Seite 5)
3. die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und Rheinland-Pfalz? (Seite 7)
4. die Entwicklung der deutschen und der rheinland-pfälzischen Wirtschaft? (Seite 8)
5. das Bildungssystem? Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf? Worauf sollten Politik und Regierung bei den notwendigen Maßnahmen besonders achten? (Seite 10)
6. einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens betreffend der zu ergreifenden Maßnahmen? (Seite 11)
7. im Hinblick auf den Lockdown am 23. März 2020 und dessen Verlängerung am 15. April 2020, der zu gravierenden wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verwerfungen geführt hat und weiterhin führt, und wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass unsere Soziale Marktwirtschaft durch ein etatistisches Wirtschaftsmodell ersetzt werden könnte? (Seite 12)

Vorbemerkungen:

Angesichts der begrenzten Redezeit von 10 Minuten bietet die schriftliche Stellungnahme zu den Leitfragen die Möglichkeit zu umfassenderen Ausführungen.

Das Wort „Sachverstand“ bedeutet, eine Sache verstanden zu haben. Dieses Verständnis kann auf einem beruflichen Hintergrund aufbauen, aber auch aus anderen Quellen stammen. Ich habe Ende April eine Gruppe von 5 Professoren (Bhakdi, Hockerts, Homburg, Müller, Walach) koordiniert, die sich mit dem Entwurf einer Kleinen Anfrage (Motto: Die Schäden einer Therapie dürfen nicht größer sein als die Schäden einer Krankheit) an die Bundestags-Fraktionen gewandt haben, und die dann von 46 Abgeordneten unterschrieben wurde. (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/190/1919081.pdf>) Im Nachgang hat sich mit diesen 5 Professoren der Verein „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“ unter Vorsitz von Prof. Bhakdi gebildet, in dem die wichtigsten Kritiker der herrschenden Corona-Politik organisiert sind (<https://www.mwgfed.de/unsere-mitglieder/>). Aus dieser Tätigkeit hat sich ein Sachverstand eigener Art entwickelt.

Auf die erste Frage der Kleinen Anfrage im Bundestag „Welche konkreten Szenarien lagen am 13.03.20 vor, und aus welchen Grund hat sich die Regierung für Kontaktbeschränkungen und gegen die Herstellung der Herdenimmunität entschieden?“ wurde seitens der Bundesregierung geantwortet, dass es nur die täglichen Situationsberichte des Robert-Koch-Instituts gab, die auch im Internet veröffentlicht sind. (vgl. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/194/1919428.pdf>) Damit bestätigte sie die Aussage von Stephan Kohn aus dem Innenministerium (vgl. <https://www.cicero.de/innenpolitik/Innenministerium-papier-referatsleiter-stephan-kohn-kritik-zahlen-tote-kollateralschaeden/plus>), dass es keine professionelle Entscheidungsvorbereitung gab. Der Tagesspiegel vom 01.09.20 zitierte Gesundheitsminister Spahn mit den Worten: „Mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, müssen keine Friseure mehr schließen und kein Einzelhandel“. Man kann ihm auf diese Erkenntnis entgegenen, dass das Wissen von heute schon im März verfügbar war, er hätte die kritischen Stimmen und insbesondere Ökonomen, Juristen, Pädagogen und Soziologen nur im Rahmen einer sorgfältigen Entscheidungsvorbereitung anhören müssen, statt sich lediglich auf den Rat von wenigen Virologen zu stützen.

Antworten auf die Fragen:

Welche Lehren ziehen Sie aus fachlicher Sicht aus den bisherigen Erfahrungen mit der Corona-Pandemie für ...

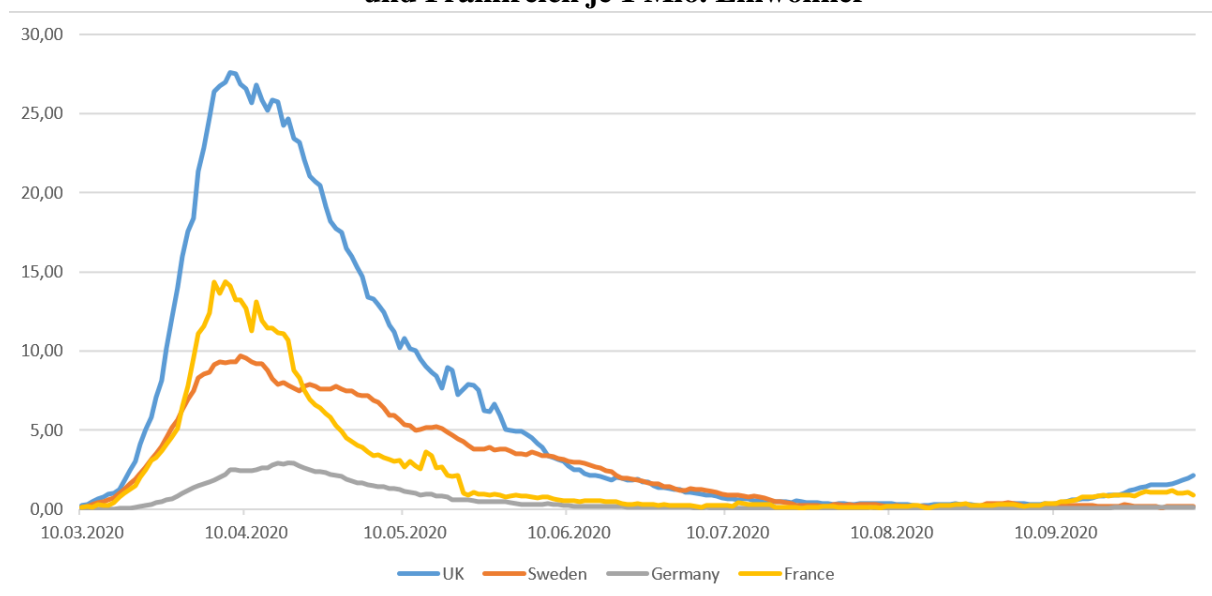
**1. die weitere Stärkung des Infektionsschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Risikogruppe, insbesondere soweit sie in Einrichtungen leben, und der ambulanten und stationären Versorgung Covid-19-Infizierter?**

In der Bibel steht in Psalm 90 Vers 12: „Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden.“ Es ist eine Bitte an Gott um gute Erkenntnisse angesichts unseres sicheren Todes. Der Bundestagspräsident hat in diesem Sinne in einem Interview im Tagesspiegel vom 26.04.20 angesprochen, dass der Schutz von Leben nicht jedes Opfer rechtfertigt. Prof. Murswiek schrieb in einem Gutachten für diese Kommission: Eine „... grundrechtliche Schutzpflicht gibt es nur gegenüber menschlichen Eingriffen in die Freiheit beziehungsweise

gegen menschliche Beeinträchtigungen grundrechtlicher Schutzgüter. ... Eine Epidemie oder eine Pandemie ist deshalb kein Freiheitseingriff, gegen den grundrechtlich verbürgte Freiheitsrechte schützen können.“ (Prof. Dr. Dietrich Murswiek, Universität Freiburg, Institut für Öffentliches Recht Verfassungsrechtliche Probleme der Corona-Bekämpfung, S. 29 - <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/2-12-17.pdf>) Vor diesem Hintergrund müssen die Maßnahmen zum Infektionsschutz hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit untersucht werden.

Das renommierte National Bureau of Economic Research (NBER) aus Cambridge, Massachusetts kam in einer Metastudie mit der Auswertung von Daten aus stark betroffenen 25 US-Bundesstaaten und 23 Länder weltweit zu dem Ergebnis, „... dass die .. beobachteten Datentrends wahrscheinlich darauf hinweisen, dass nichtpharmazeutische Interventionen (NPIs) - wie Sperrungen, Schließungen, Reisebeschränkungen, Anordnungen für den Aufenthalt zu Hause, Veranstaltungsverbote, Quarantänen, Ausgangssperren und Maskenpflicht - die Übertragungsraten des Virus insgesamt nicht zu beeinflussen scheinen.“ (that the data trends observed above likely indicate that nonpharmaceutical interventions (NPIs) – such as lockdowns, closures, travel restrictions, stay-home orders, event bans, quarantines, curfews, and mask mandates – do not seem to affect virus transmission rates overall. - <https://www.aier.org/article/lockdowns-and-mask-mandates-do-not-lead-to-reduced-covid-transmission-rates-or-deaths-new-study-suggests/>) Auch ein Vergleich der Sterbefälle in Deutschland, Frankreich, Schweden und Großbritannien kommt zu der gleichen Einschätzung:

**Abb. 1: Sterbefälle mit Covid-19-Infektion in Großbritannien, Schweden, Deutschland und Frankreich je 1 Mio. Einwohner**



Quelle: aus Daten der Johns-Hopkins-Universität vom 13.10.2020, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>

Obwohl Schweden keinen Lockdown verfügt hat und Großbritannien starke Beschränkungen einführt, sind die Verläufe der Todesfälle abgesehen von ihrer Höhe nicht grundlegend anders. Großbritannien hatte im April einige Tage mit sehr hohen Zahlen und einen schnelleren Rückgang im Juni, während sich die Zahlen in Schweden kontinuierlicher entwickelt haben und die Todesfälle im Mai und Juni langsamer zurückgegangen sind. Die Zahlen seit dem Sommer befinden sich in beiden Ländern auf niedrigem Niveau. Die härteren britischen Beschränkungen

hatten also im Vergleich zur liberalen schwedischen Politik keinen durchschlagenden Erfolg. Frankreich hatte im April mit härteren Maßnahmen einen stärkeren Anstieg und einen schnelleren Rückgang. Hier wurde früher eingegriffen, und der Anstieg der Todesfälle kam etwas später. Im Vergleich zu diesen Ländern ist der deutsche Anstieg im April sehr gering.

Die geringe Wirksamkeit der Beschränkungen kann auch am deutschen Beispiel nachvollzogen werden. Das Verbot von Großveranstaltungen ab dem 10.03. wurde noch in Kraft gesetzt, als der R-Faktor (Reproduktionszahl) auf dem Höhepunkt war. Weil die meisten Großveranstaltungen aber an Wochenende stattfinden und der R-Faktor am Freitag, den 13. März schon rückläufig war, konnte dieses Verbot den Rückgang wohl kaum ausgelöst haben. Die Schulschließungen ab dem 16.03 trafen mit einem rückläufigen R-Faktor zusammen und die Schließung von Geschäften und Gaststätten ab dem 23.03. wirkte sich gar nicht mehr auf den R-Faktor aus, war also wirkungslos. Der Rückgang des R-Faktors kann somit nicht als Ergebnis des Lockdowns gewertet werden, denn dann hätte er sofort mit der Beschlussfassung schon wirken müssen, bevor er umgesetzt wurde.

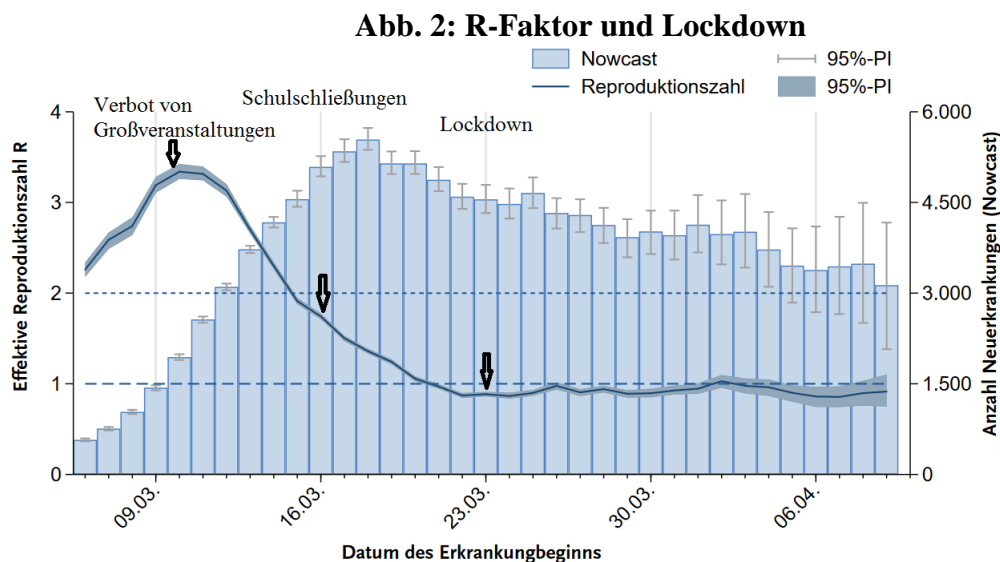


Abb. 4 | Schätzung der effektiven Reproduktionszahl R für eine angenommene Generationszeit von 4 Tagen und die durch das Nowcasting geschätzten Anzahlen von Neuerkrankungen, auf denen die R-Schätzung beruht.

[Kommentare eingefügt in: Robert-Koch-Institut (Hrsg.), Krankheitsschwere von COVID-19, Nowcasting: Erkrankungsfälle und Reproduktionszahl (Epidemiologisches Bulletin Nr. 17/2020 v. 23.04.20), S. 14 [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17\\_20.pdf?\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17_20.pdf?_blob=publicationFile)]

Das Robert-Koch-Institut meldete in seinem täglichen Lagebericht vom 15.10.20 kumuliert 3.769 Todesfälle in Einrichtungen nach § 36 IfSG (insb. Alten- und Pflegeheime), das sind 39 % aller Todesfälle, obwohl dort nur etwa 1 % der Bevölkerung lebt (818.000 in 2017; Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36438/umfrage/anzahl-der-zu-hause-sowie-in-heimen-versorgten-pflegebeduerftigen-seit-1999/>). Diese hohe Sterblichkeitsquote konnte leider auch mit den drastischen Kontaktsperren, die mit sehr viel Leid und Einsamkeit für die Pflegebedürftigen verbunden war, nicht verhindert werden. Besonders aus den Erfahrungen der Alten- und Pflegeheime kann man die Lehre ziehen, dass Leben mehr ist als die Summe von Körperfunktionen, mehr als dahinvegetieren. Es braucht auch Lebensinhalte und Lebensqualität, die gerade für die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen drastisch beschränkt wurden.

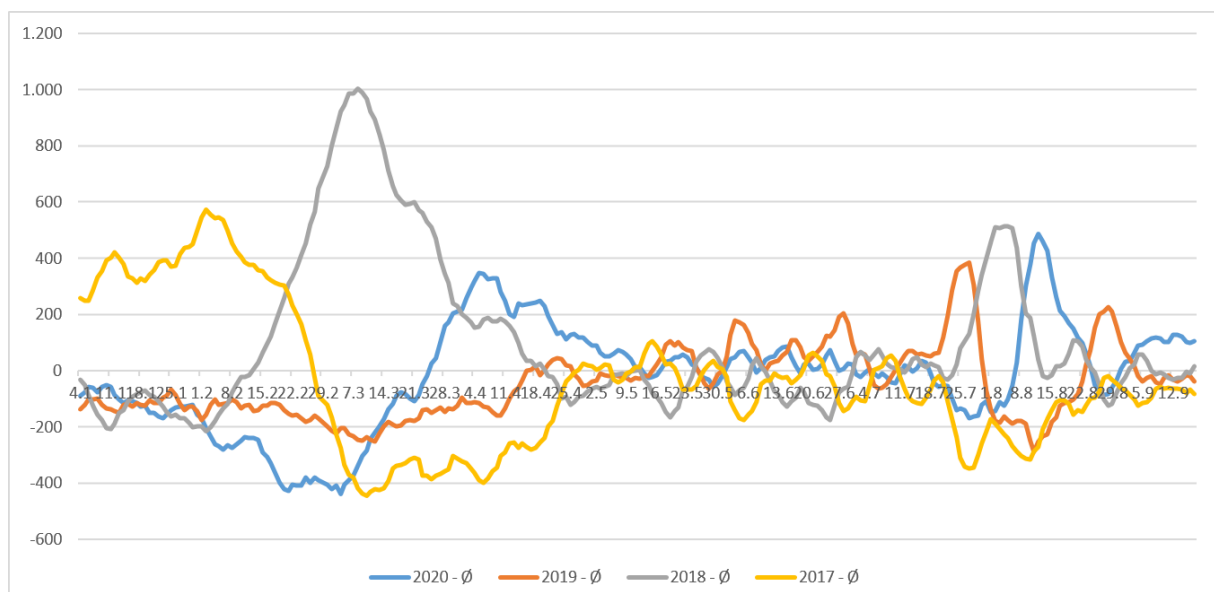
Prof. Püschel schrieb in seiner Stellungnahme vom 28.08.20 für diese Kommission: „Es sollte unbedingt versucht werden, unnötige Reaktionen in der Bevölkerung im Sinne von Angst und Panik abzubauen. ... Im Hinblick auf die Perspektive für die kommenden Monate und Jahre müssen wir uns darauf einstellen, mit dem Virus zu leben.“ (Prof. Dr. Klaus Püschel, Aktueller Forschungsstand der Wissenschaft, <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/2-16-17.pdf>) Generell sollten wir aus dem Verlauf der Krise lernen, dass menschliches Handeln nie vollkommen sein kann und dass Übertreibungen oft mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften.

## 2. den gezielten Einsatz von Kommunikationsmitteln mit Blick auf Transparenz und Information der Bürgerinnen und Bürger?

Ein Informationsdefizit der Bürger kann bezüglich der jeweils gültigen Verbote bestehen, weil diese von Land zu Land und von Stadt zu Stadt abweichen können. Teilweise wird eine Maskenpflicht für einzelne Straßen verfügt und die Bürger wissen wegen fehlender Straßenschilder manchmal gar nicht, ob sie gerade die Maske abnehmen dürfen. Hier könnten zentrale Datenbanken, die etwas Übersichtlichkeit in das Regelungschaos bringen könnten, hilfreich sein, wenn sachlich und ohne Wertung informiert wird.

Wenn die Information der Bevölkerung verbessert werden soll, dann sollte neben der zielgerichteten Berichterstattung des RKI auch die einseitige Fokussierung auf Corona überwunden werden. Es sollte dann über alle erkennbaren Gesundheitsrisiken informiert werden. Wenn man die Todesfälle der Jahre 2017-2020 bis zum 20.09. lt. Statistischem Bundesamt nach Auffälligkeiten untersucht und dabei die Zahlen eines Jahres mit dem Durchschnitt der drei übrigen Jahre vergleicht, dann ergibt sich folgendes Bild, das zur besseren Übersichtlichkeit in einem gleitenden 7-Tage-Durchschnitt gezeigt wird:

**Abb. 3: Über- und Untersterblichkeiten 2017-2020**



(eigene Darstellung aus fortgeschriebenen Daten des Statistischen Bundesamtes, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/sonderauswertung-sterbefaelle.html>)

Hier sieht man eine Vielzahl von Zeiträumen mit überdurchschnittlicher Sterblichkeit. Zeiträume, in denen an 7 aufeinanderfolgenden Tagen überdurchschnittliche Zahlen registriert wurden, waren (mit Summe der über dem Durchschnitt liegenden Fällen):

2017: 1.1-25.2	20.624 (davon Grippe: 22.900)	11.5-19.5	908
2018: 15.2-14.4	28.193 (davon Grippe: 25.100)	26.7-10.8	6.124
2019: 31.5-8.6	1.281	22.7-30.7	2.866
		23.8-1.9	1.729
2020: 30.3-24.4	6.764 (davon Corona: 4.932)	8.8-22.8	4.689

Ein Zeitraum vom 07. bis 17.09.20 mit 1.525 Todesfällen über dem Durchschnitt hat das o.g. Kriterium nicht erfüllt, weil die 7-Tage-Bedingungen am 13.09. mit einem Negativwert verfehlt wurde.

Die Bürger können erwarten, dass allen Auffälligkeiten nachgegangen wird und dass 28.193 Tote (über dem Durchschnitt) zwischen dem 15.02. und dem 14.04.2018 nicht völlig unbeachtet bleiben, während 4.932 Corona-Tote zwischen dem 30.03. und dem 24.04.2020 zur Zerschlagung der Wirtschaft führen. Der bisherige Höchstwert war 315 Corona-Tote am 16.04.20; 778 und 730 Todesfälle über dem Durchschnitt am 11. und 12.08.20 (= 3.007 + 2.958 Todesfälle) wurden aber von niemandem zur Kenntnis genommen. Es dürfte dringlicher sein, solche Informationslücken zu schließen, als den gezielten Einsatz von Kommunikationsmitteln nach dem Muster der RKI-Berichterstattung zu verstärken.

Nach Art. 5 Abs. 1 GG hat Jeder das Recht sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Dabei ist von Bedeutung, welche Quellen ungehindert zugänglich sind. Nicht nur die Behinderung des Zugangs zu bestimmten Quellen (z.B. durch Sperrung des Internets) kann problematisch sein, sondern auch die Verdrängung bestimmter Quellen durch Marktmechanismen.

Dazu kann es kommen, wenn staatliche oder halbstaatliche Stellen kostenlos Informationen bereithalten, und dabei in verzerrender Weise bestimmte Daten herausstellen und andere nicht veröffentlichen. Seit dem Beginn der Krise sind die täglichen Lageberichte des Robert-Koch-Instituts (RKI) eine zentrale Quelle der Berichterstattung in den Medien. Hier wurde die kumulierte Zahl der positiv getesteten Menschen, die als Infektionen bezeichnet werden, und die kumulierte Zahl der Todesfälle, bei denen eine Covid-19-Infektion festgestellt wurde (auch wenn dies nicht die Todesursache war), herausgestellt. Mit dieser Todesfallzahl wurde bei manchen älteren Menschen der Irrtum hervorgerufen, dass jeden Tag tausende Menschen an der Infektion sterben würden. Noch heute werden die aktuellen Fälle nicht gemeldet, die sich der Nutzer der Daten aus der Subtraktion der kumulierten Todesfälle und der Zahl der Genesenen (von denen 90 % niemals krank waren) von der kumulierten Zahl der positiv getesteten Personen erst errechnen muss. Auch nicht gemeldet werden die Zahlen der wirklich erkrankten Personen. Das RKI gibt eine Todesfallrate als Division der kumulierten Todesfälle durch die kumulierte Zahl der sog. Infektionen an (am 18.10.20 = 2,7 %) und verschweigt, dass diese Quote bei den Fällen der letzten 14 Tage (was die aktuellen Fälle widerspiegelt) nur 0,4 % ausmacht. Das RKI hat am 30.09. die Zahl der in der 39. Kalenderwoche durchgeführten Tests mit 1.153.075 angegeben und es war nur sehr versteckt erkennbar, dass in der gleichen Woche zusätzlich 203.524 Tests für 5 Wochen zuvor nachgemeldet wurden; die Zahl für die 39. Woche war auch nicht vollständig.

Diese einseitigen Informationen mit einer Tendenz zur Dramatisierung werden über das RKI vom Steuerzahler finanziert und von den Leitmedien weiterverbreitet. Diese Art des gezielten

Einsatzes von Kommunikationsmitteln zur Verdrängung ausgewogener Informationen durch ein einseitig informierendes staatliches Informationsmonopol ist mit der Informationsfreiheit der Bürger nach Art. 5 Abs. 1 GG nicht vereinbar.

Aus der Krise kann man lernen, dass die Gefahr für die Informationsfreiheit schon früher erkennbar war. Bereits der beurlaubte stellvertretende Referatsleiter für Krisenmanagement im Bundesinnenministerium stellte am 07.05.20 in seiner Analyse des Krisenmanagements fest: „Die Rahmenbedingungen für Medien sind suboptimal, sie erschweren offenkundig faktisch die ursprünglich beabsichtigte Meinungsvielfalt in unserem Lande. Die dabei eingetretene relative Einheitlichkeit orientiert sich ... an etablierten Politikrichtungen, insbesondere an den Intentionen von Regierungen (damit würden bestehende Regierungen indirekt stabilisiert und gegenüber einer Opposition abgeschirmt, auch in dem Fall, dass sich ein konkretes Regierungshandeln z.B. aufgrund eines sachlichen Irrtums gegen die existenziellen Interessen des Landes richtet). Die Leitmedien und vor allem die öffentlich-rechtlichen scheinen sich offenbar überwiegend als Überträger der als gemeinsam angesehenen Grundpositionierungen der dominierenden politischen Richtung auf die Bevölkerung zu sehen.“ (Stephan Kohn, KM4 Analyse des Krisenmanagements – Kurzfassung, S. 6 - <https://ichbinanderermeinung.de/Dokument93.pdf>) Der Mensch ist ein Herdentier, und seine DNA hat sich seit der Steinzeit nicht weiterentwickelt. In der Natur ist es von Vorteil, wenn sich die Herde in einer Gefahrensituation hinter ihrem Führer versammelt und ihm ohne Diskussion folgt. In komplexen Gesellschaften kann dieses Prinzips katastrophale Folgen haben. Der gezielte Einsatz von Kommunikationsmitteln, hat zu einer faktischen Gleichschaltung der Leitmedien geführt, was in einem demokratischen Staat unterbleiben muss. „Die Gefahr, dass die Bevölkerung alles glaubt, was sie von den meisten Medien serviert bekommt, und sich dies unkritisch zu eigen macht, liegt sehr hoch.“ (Stephan Kohn, KM4 Analyse des Krisenmanagements, S. 69 - <https://ichbinanderermeinung.de/Dokument93.pdf>)

Die Demokratie hat angesichts der faktischen Gleichschaltung der Leitmedien und der Diffamierung Andersdenkender (z.B. als Covidioten) Schaden genommen. Die Politik darf die Kommunikationsmittel nicht aus der Absenderperspektive, sondern muss sie aus der Empfängerperspektive betrachten. „Denn wenn Menschen sich dauerhaft zurückgesetzt fühlen, wenn ihre Sichtweise nicht vorkommt in der politischen Debatte, wenn sie den Glauben an die eigene Gestaltungsmacht verlieren, dann darf uns das eben nicht kalt lassen. Dann bröckelt der Zusammenhalt, dann steigt das Misstrauen in Politik, dann wächst der Nährboden für Populismus und extremistische Parteien.“ (Frank Walter Steinmeier am 03.10.20, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/10/201003-TdDE-Potsdam.html>)

### **3. die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und Rheinland-Pfalz?**

Unterschiede zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Rheinland-Pfalz sind nicht erkennbar. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist verängstigt und opferbereit. Eine kritische Minderheit, die die Anordnungen der Obrigkeit hinterfragt, wird von dieser Mehrheit zunehmend angefeindet. Diese Anfeindungen werden von den Regierenden z.B. mit schikanösen Auflagen bei Demonstrationen oder Beschimpfungen der Regierungskritiker (z.B. als Covidiot) befeuert. Das führt zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft. Es ist unklar, ob der

Bundespräsident genau diese Spaltung in seiner Rede vom 03.10.20 gemeint hat, denn zu anderen Zeiten hat er mit seinen Aussagen zu ihrer Vertiefung beigetragen.

Diese Politik ist aber auch aus der Sicht der Regierenden kurzsichtig. Die ausgegrenzten Regierungskritiker können sehr fundierte Argumente anführen, z.B. die bereits zur Leitfrage 1 zitierte Studie des National Bureau of Economic Research zur Wirkungslosigkeit von nichtpharmazeutische Interventionen. Sollten die Kritiker am Ende Recht behalten und das auch vor der Öffentlichkeit nicht zu verheimlichen sein, würde das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System nachhaltig erschüttert. Das Volk könnte es akzeptieren, wenn sich nach einer Anhörung aller Meinungen eine Mehrheit im Parlament für eine Politik entschieden hätte, die sich später als falsch herausgestellt hätte. Dafür hätte sich man aber nicht überwiegend auf Prof. Drostens bzw. das Robert-Koch-Institut stützen dürfen, sondern auch andere Experten wie z.B. Prof. Bhakdi hinzuziehen müssen. Das Volk hätte auch eine spontane Fehlentscheidung akzeptiert, wenn sie schnell korrigiert worden wäre und man die kritischen Stimmen nach wenigen Wochen berücksichtigt hätte.

Wenn die Empfehlungen der unterdrückten Regierungskritiker den gigantischen und unnötigen Schaden aber verhindert hätten, wird das Volk nicht nur die handelnden Politiker dafür verantwortlich machen, sondern das politische System insgesamt. Die Politiker riskieren also einen massiven Vertrauensverlust in die parlamentarische Demokratie, in der die Unterdrückung sachlich richtiger regierungskritischer Einschätzungen mit seinen dramatischen Folgen möglich war.

Die Lehre aus der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung sollte die sofortige Beendigung dieser Spaltung der Gesellschaft sein. Repräsentanten der Lockdown-Kritiker (Corona-Kritiker ist ein falscher Begriff, denn das Virus wird von niemandem kritisiert) sollten von führenden Politikern öffentlich wahrnehmbar empfangen und ihre Argumente angehört werden, wodurch sie auch für die Leitmedien hoffähig würden. Den Anfang könnte auch die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz machen. Der bisher schon eingetretene Schaden könnte wohl nur langsam beseitigt werden; ein möglicher Schaden für das politische System als Ganzes wäre aber noch zu verhindern.

#### **4. die Entwicklung der deutschen und der rheinland-pfälzischen Wirtschaft?**

Die Unternehmen in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz sind unterschiedlich betroffen. Es gibt wenige Branchen, die von der Krise profitiert haben. Dazu gehören die Pharmaindustrie der Versandhandel und der Lebensmitteleinzelhandel, der während der Schließung anderer Geschäfte im Non-Food-Bereich erhebliche Umsatzsteigerungen hatte. Auch Alkohol hat sich sehr gut verkauft. (<https://www.rnd.de/wirtschaft/klopapier-absatz-gesunken-alkohol-und-kondome-vor-ostern-begehrt-MOEOLJPQNQLDHUI7LUPG6U6KY4.html>) Erhebliche Verluste hatte der Bekleidungseinzelhandel, der wegen der Geschäftsschließungen in Frühling praktisch die gesamte Frühjahrskollektion entsorgen musste. Für das Veranstaltungsgewerbe, Diskotheken und die Reisebranche ist die Situation existenzbedrohend. Die Beispiele sind nicht abschließend.

Die Verluste der stark betroffenen Unternehmen werden in 2020 ein Mehrfaches eines Jahresgewinnes ausmachen. Das hat zur Folge, dass die Unternehmen nach Einreichung der



Steuererklärungen für 2020 einen Verlustrücktrag auf die Jahre 2018 und 2019 beantragen werden, was zu hohen Steuererstattungen führen wird. Das wird besonders die Kommunen hart treffen, die nach dem Ausfall der Gewerbesteuvorauszahlungen in 2020 noch Steuern der Vorjahre erstatten müssen. Das würde neue Rettungsschirme der Länder erfordern. Es ist zu befürchten, dass dies in den bisherigen Haushaltsentwürfen noch nicht berücksichtigt ist.

Die Wirtschaft braucht auch bei einer wirtschaftlichen Erholung in 2021 Planungssicherheit. Bund, Länder und Kommunen hatten neben den Steuerausfällen auch erhebliche Kosten, nicht nur für Finanzhilfen an Unternehmen und private Haushalte. Die dadurch verursachten extremen Schulden müssen in den folgenden Jahren zurückgezahlt werden, was nur mit massiven Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen möglich sein wird. Wegen der Bundestagswahl vermutlich im September 2021 wird es aber frühestens ab 2022 konkrete Aussagen der Politik geben, mit welchen Belastungen die Bürger und die Unternehmen rechnen müssen. Diese Ungewissheit zwingt die Unternehmen zu einer sehr zurückhaltenden Geschäftspolitik und auch die Bürger werden abwartend reagieren. Beides wird die wirtschaftliche Erholung in 2021 – sollte sie nicht schon mit einem weiteren Lockdown erstickt werden – ausbremsen. Andererseits ist aber auch nicht zu erwarten, dass die Parteien vor der Wahl klare Aussagen zur Schuldentilgung machen werden. Auch 2021 werden sich die öffentlichen Haushalte enorm verschulden müssen. Aber auch die Kapitalmärkte haben keine Planungssicherheit und werden höchstens kurzfristige Finanzierungen gewähren. Im Zweifel würde die EZB ihr Anleihenkaufprogramm auffrischen, also praktisch neues Geld drucken. Es ist wahrscheinlich, dass mindestens Italien für seine Neuverschuldung darauf zurückgreifen muss.

Aus der Zurückhaltung der Politik vor der Bundestagswahl ergibt sich eine zweite Unsicherheit. Die modernen Währungen haben keine Golddeckung. Ihr Wert ergibt sich allein aus dem Vertrauen der Märkte und der Bürger. Geld hat solange einen Wert, solange das Vertrauen erhalten bleibt, und beim Vertrauensverlust verliert das Geld seinen Wert. Damit gleicht der Euro der Aktie von Wirecard. Sie hatte einen Marktwert, solange die Börse an die in der Bilanz ausgewiesenen Werte geglaubt hat.

Es ist absehbar, dass ein massiver Subventionsabbau zur Finanzierung der „dicken Rechnung“ wie schon immer an den Lobbyisten scheitern wird. Massive Steuererhöhungen wären auch nicht politisch durchsetzbar, und sie würden die Wirtschaft abwürgen. Also bleibt nur die Finanzierung über die EZB und am Ende ein Weginflationieren der Schulden! Das wird man auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten schon jetzt erkennen und es dürften bei den institutionellen Anlagern Szenarien ausgearbeitet werden, wie man sich bei einer beginnenden Inflation im Fall der Fälle schnell aus dem Euro zurückziehen könnte. Dabei vertrauen sie auf ihre Schnelligkeit und sie wollen nicht voreilig einen Crash auslösen.

Im Gegensatz zu 1923 und der Reichsmark ist der Euro keine reine Binnenwährung. In Osteuropa, aber auch in Kenia, der Dom. Rep., auf Kuba und in vielen anderen Ländern wird der Euro gern akzeptiert. Die bisherige Ausweitung der Geldmenge (seit 2008) ist über die Kapitalmärkte in der Welt versickert. Dieses Geld ist damit aber nicht weg, sondern nur an einem anderen Ort! Mit dem Computerhandel können die institutionellen Anleger, russische Oligarchen und andere Investoren zudem sehr viel schneller reagieren als die kleinen Sparer. Im Fall eines massiven Vertrauensverlusts würden dann wahrscheinlich ziemlich plötzlich große Geldmengen aus dem Ausland zurückfließen, um hier mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel (das international vielleicht schon nicht mehr akzeptiert würde) die Flucht in

die Sachwerte anzutreten. Auch die russischen Oligarchen werden ihre Schäfchen noch rechtzeitig ins Trockene bringen. Wenn die inländischen Sparer diese Strategie einschlagen, sind die guten Objekte schon weg.

Die inländische Geldmenge M3 im Euroraum betrug nach vorläufigen Daten der EZB und der Österreichischen Nationalbank im 2. Quartal 2020 schon über 130 % des Bruttoinlandsprodukts. Seit der Euro-Einführung hat sich diese Relation damit fast verdoppelt. Weil die meisten Zahlungen monatlich geleistet werden, würden für den reinen Zahlungsverkehr 8,3 % ausreichen. Die restliche Geldmenge wird somit als Wertaufbewahrungsmittel genutzt. Damit besteht eine latente Inflationsgefahr für den Fall eines massiven Vertrauensverlustes. Eine akute Inflationsgefahr ist dagegen derzeit nicht zu erkennen. Zur Vertiefung dieser Frage wird auf die Website <https://www.prof-mueller.net/corona/inflation/> verwiesen.

Es geht hier nicht darum, Angst vor einem zweiten 1923 zu verbreiten. Es geht um eine eindringliche Warnung an die Politik, die Märkte nicht zu verunsichern, damit das international zirkulierende Geld im Ausland bleibt und keine Kettenreaktion auslöst. Weil langfristige Ausgaben auch langfristig finanziert werden sollten, wäre für die Beruhigung der Märkte zeitnah ein langfristiger Tilgungsplan aufzustellen.

## **5. das Bildungssystem? Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf? Worauf sollten Politik und Regierung bei den notwendigen Maßnahmen besonders achten?**

### **1. Teilfrage (größter Handlungsbedarf): Übertreibungen korrigieren**

Die erste Teilfrage möchte ich als langjähriger Elternvertreter, ehem. Vorsitzender zweier Schulelternbeiräte, ehem. Mitglied eines Stadelternbeirats und ehem. stellvertretender Vorsitzender eines Kreiselternbeirats beantworten. Die auf Druck der Landesregierungen aufgestellten Hygienekonzepte fragen meist nur noch nach Infektionsschutz und verlieren andere Ziele aus dem Blickfeld. So werden oft zur Verhinderung von Menschenansammlungen die Haupteingänge geschlossen und die Schüler sollen die Schule über den Schulhof betreten. Nicht bedacht wird dabei, dass die besonders bei Grundschulen in vielen Jahren sorgfältig geplanten sicheren Schulwege aus mehreren Richtungen mit Fußgängerampeln auf den Haupteingang bezogen sind. Jetzt überqueren vielfach Kinder teilweise stark befahrene Straßen an Stellen, an denen es diese Sicherungen nicht gibt. Im Ergebnis werden also Verkehrsunfälle der Kinder in Kauf genommen.

Während nur 1 Kind unter 10 Jahren mit einer Covid-19-Infektion an Leukämie gestorben ist (bei 12.924 positiv getesteten Kindern lt. RKI vom 13.10.20) sterben jedes Jahr ca. 30 Kinder im Straßenverkehr. Es ist dringend geboten, solche überzogenen Hygienekonzepte zu korrigieren.

### **2. Teilfrage (besonders beachten): Interaktion von Mensch und Technik**

Als Hochschullehrer kann ich einschätzen, dass das faktische Fernstudium, das an den meisten Hochschulen bereits im zweiten Semester organisiert werden muss, kein vollwertiger Ersatz für

Präsenzveranstaltungen sein kann. Hier kann höchstens kurzfristiges Prüfungswissen im Kurzzeitgedächtnis abgespeichert werden, was die Studenten wahrscheinlich nach der Prüfung bald wieder vergessen. Der Anspruch, für das Leben zu lernen, erfordert dagegen gruppendynamische Prozesse. Auch wenn sich nur 10 % einer Gruppe mit Diskussionsbeiträgen und sinnvollen Nachfragen aktiv an einer Lehrveranstaltung beteiligen, so werden weitere 80 % der Gruppe diesen Beiträgen folgen können. Damit führen auch die Fragen und ihre Beantwortung, die diese 80 % nie gestellt hätten, bei ihnen zu Lerneffekten. Die sind zudem wesentlich nachhaltiger als angelesenes Faktenwissen. Diese Lerneffekte gehen aktuell verloren.

Bei der angestrebten Digitalisierung der Hochschulen wird häufig der Faktor Mensch übersehen. Es kommt nicht darauf an, was eine Technik theoretisch leisten könnte. Es geht um die Frage, was der Mensch mit ihr leisten kann. Der Mensch muss erst lernen, diese Technik anzuwenden. Wenn jetzt von den Schulen und Hochschulen Software für virtuelle Lehrveranstaltungen beschafft werden, die viele Hochschullehrer nicht bedienen können, werden bei der Digitalisierung der Schulen und Hochschulen vielleicht gute Zahlen für die Statistik produziert, aber keine guten Ergebnisse für die Ausbildung.

## **6. einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens betreffend der zu ergreifenden Maßnahmen?**

Die Unterdrückung regierungskritischer Einschätzungen und die Beschimpfung von Regierungskritikern ist mit dem Anliegen eines möglichst breiten Konsenses nicht vereinbar. Kritische Stimmen müssen eingebunden und nicht ausgegrenzt werden. Auf die Antwort zur Leitfrage 3 wird verwiesen.

Für einen möglichst breiten Konsens braucht es interdisziplinärer statt einseitiger Ansätze. Es dürfen nicht nur zwei oder drei Virologen als Berater gehört werden. Ökonomische, rechtliche, politische, soziologische und ethische Fragen müssen die gleiche Wertigkeit haben. In allen zu beteiligenden Disziplinen müssen neben den herrschenden auch abweichende Meinungen gehört werden. Personelle Vorschläge für solche Beratergruppen müssten eigentlich vor einer Krise für typisierte Krisensituationen vorliegen und in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden.

Aus der planlosen Herangehensweise im März können aber auch langfristige Lehren gezogen werden. Es müssen für die unterschiedlichsten Krisensituationen grobe Ansätze entwickelt werden, die man dann später konkretisieren kann. Eine Situation könnte die Verbreitung eines wirklich gefährlichen Virus wie Ebola sein, Naturkatastrophen oder schwere Unfälle wie die Explosion im Hafen von Beirut. Den Menschen wäre zu vermitteln, dass in solchen Belastungssituationen die High-Tech-Medizin womöglich nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Es müssten Regeln geschaffen werden, nach welchen Kriterien Kranke oder Verletzte versorgt werden sollen. Die aktuelle Krise lehrt uns, dass solche Festlegungen besser im Vorfeld krisenhaft zugespitzter Situationen erfolgen sollten, statt in panischer Angst vor solchen Entscheidungen die zeitweise Aussetzung des High-Tech-Gesundheitssystems um jeden Preis verhindern zu wollen.

**7. Welche Lehren ziehen Sie aus Ihrer Sicht im Hinblick auf den Lockdown am 23. März 2020 und dessen Verlängerung am 15. April 2020, der zu gravierenden wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verwerfungen geführt hat und weiterhin führt, und wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass unsere Soziale Marktwirtschaft durch ein etatistisches Wirtschaftsmodell ersetzt werden könnte?**

Antwort (1. Teilfrage) Lockdown am 23.03.2020 und dessen Verlängerung am 15.04.2020:

Der Lockdown hatte enorme wirtschaftliche Schäden zur Folge. Bei einem Krankheitsverlauf von 2 Wochen – wenn die Infektion überhaupt zu Symptomen führt – hätte ein Lockdown von 3 Wochen ausreichen müssen, um die Infektionsketten zu unterbrechen. Die Regierungen in Bund und Ländern hätten danach feststellen müssen, dass ihr Versuch nicht den nötigen Erfolg hatte. Nach dieser Feststellung hätten sie den Lockdown abbrechen müssen. Die Verlängerung vom 15.04. hätte es deshalb nicht geben dürfen. Auch Prof. Murswiek kam in seinem Gutachten vom 18.08.20 für diese Enquete-Kommission auf Seite 41 zu dem Ergebnis: „Einiges spricht dafür, dass der Lockdown jedenfalls seit dem Beschluss über seine Verlängerung am 15. April 2020 unverhältnismäßig und verfassungswidrig war.“ (Dietrich Murswiek, Verfassungsrechtliche Probleme der Corona-Bekämpfung, S. 41, <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/2-12-17.pdf>) In einem hoch entwickelten Land kann man das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben nur für eine kurze Zeit anhalten, ohne schwere Schäden zu verursachen. Heute verkünden die Politiker, dass sie einen Lockdown mit aller Kraft verhindern wollen. Diese Einsicht kommt aber 7 Monate zu spät.

Am 26.03.20 schrieb das Handelsblatt: „Am Anfang der Coronakrise war die Politik das Problem, weil sie keine Ahnung von Virologie hat. Nun regieren die Virologen, die leider wenig von Wirtschaft verstehen.“ (<https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-neue-macht-der-virologen/25684390.html?ticket=ST-1930148-crsoy2kujRfQM0YoTHcaap5>). Die Politiker sollten lernen, auch in schwierigen Zeiten ihrer Verantwortung gerecht zu werden und den eingeholten Rat von Experten verschiedener Fachrichtungen und mit entgegengesetzten Meinungen zu bewerten und zu gewichten, statt einseitigen Ratschlägen blind zu folgen. Sie müssen die Entscheidungsfindung moderieren, statt sie zu delegieren.

Antwort (2. Teilfrage) Gefahren für die Soziale Marktwirtschaft:

Das Problem ist eine gewisse Planlosigkeit und auf einseitiger Beratung beruhende Fehleinschätzungen der Bundesregierung. Die Antwort der Bundesregierung vom 25.05.20 auf die erste Frage der kleinen Anfrage vom 11.05.20 (Bundestagsdrucksache 19/19428 - <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/194/1919428.pdf>) mit der das Fehlen einer professionellen Entscheidungsvorbereitung eingeräumt wurde, habe ich in meiner Vorbemerkung bereits angeführt.

Eher begründet ist die Sorge, dass die notwendigen Staatshilfen auf die Wirtschaft wie eine Droge wirken, von der sie abhängig wird. Diese Gefahr steigt, je länger die Beeinträchtigungen für die Wirtschaft und damit die Anhängigkeit von den Hilfen anhalten. Ob z.B. die Deutsche Lufthansa wieder ein profitables Unternehmen wird, oder ob sie mit dauerhaften Subventionen politisch gewollte, aber unwirtschaftliche Flugverbindungen anbieten wird, lässt sich nach dem heutigen Kenntnisstand nicht beurteilen.

In der Bankenkrise von 2008 wurde die Commerzbank vom Staat in der Absicht übernommen, sie später wieder zu privatisieren. Das ist bis heute nicht gelungen. Nach der Krise wird der Umgang mit vom Staat geretteten Großunternehmen ein eigenständiges Thema sein.

Schlussbemerkungen:

Auf der Website des Landtags wird die Aufgabe der Enquete-Kommission wie folgt beschrieben:

„Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus stellt auch das Land Rheinland-Pfalz vor enorme Herausforderungen. Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und einzudämmen. Für die Bewältigung der Coronakrise gibt es keine Blaupause. In dieser beispiellosen Situation müssen trotz der bereits erzielten Fortschritte viele Fragen noch als offen gelten. Diese sind nicht allein naturwissenschaftlicher Art, sondern beziehen sich auch auf die Politik und den Staat, die Gesellschaft und die Wirtschaft.“  
(<https://www.landtag.rlp.de/de/parlament/ausschuesse-und-gremien/enquete-kommission-172-corona-pandemie/>)

Die Aspekte Politik, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wurden im März nicht berücksichtigt und sie kommen noch immer zu kurz. Nach der vorstehend zitierten Aufgabe der Kommission muss genau dieses Defizit beseitigt werden. Der Erfolg dieser Enquete-Kommission ist daran zu messen, ob dies gelingt.

Q u e l l e n :

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19081 v. 11.05.2020  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/190/1919081.pdf>

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/19428 v. 04.06.2020  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/190/1919428.pdf>

Handelsblatt, 26.03.2020, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-neue-macht-der-virologen/25684390.html?ticket=ST-1930148-crsoy2kujRfQM0YoTHca-ap5>

Johns-Hopkins-Universität vom 13.10.2020, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>

Stephan Kohn, KM4 Analyse des Krisenmanagements – Kurzfassung, S. 6 -  
<https://ichbinanderermeinung.de/Dokument93.pdf>

Stephan Kohn, KM4 Analyse des Krisenmanagements, S. 69 -  
<https://ichbinanderermeinung.de/Dokument93.pdf>

Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.  
<https://www.mwgfd.de/unsere-mitglieder/>

Stephen C. Miller, Lockdowns and Mask Mandates Do Not Lead to Reduced COVID Transmission Rates or Deaths, New Study Suggests, August 26, 2020  
<https://www.aier.org/article/lockdowns-and-mask-mandates-do-not-lead-to-reduced-covid-transmission-rates-or-deaths-new-study-suggests/>

Werner Müller, Droht nach dem Lockdown eine Inflation?, <https://www.prof-mueller.net/corona/inflation/>

Prof. Dr. Dietrich Murswiek, Universität Freiburg, Institut für Öffentliches Recht  
Verfassungsrechtliche Probleme der Corona-Bekämpfung, <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/2-12-17.pdf>)

Redaktionsnetzwerk Deutschland, 23.04.2020, <https://www.rnd.de/wirtschaft/klopapier-absatz-gesunken-alkohol-und-kondome-vor-ostern-begehrt-MOEOLJPQNQLDHUI7LUPG6U6KY4.html>

Robert-Koch-Institut (Hrsg.), Krankheitsschwere von COVID-19, Nowcasting: Erkrankungsfälle und Reproduktionszahl (Epidemiologisches Bulletin Nr. 17/2020 v. 23.04.20), S. 14 [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17\\_20.pdf?\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2020/Ausgaben/17_20.pdf?_blob=publicationFile)

Matthias Schrappe, „Die Zahlen des Robert-Koch-Instituts sind nicht aussagekräftig“ in: Cicero vom 14. Mai 2020  
<https://www.cicero.de/innenpolitik/Innenministerium-papier-referatsleiter-stephan-kohn-kritik-zahlen-tote-kollateralschaeden/plus>

Statistischen Bundesamtes, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/sonderauswertung-sterbefaelle.html>

Frank Walter Steinmeier am 03.10.20, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/10/201003-TdDE-Potsdam.html>

Tagesspiegel vom 01.09.20  
<https://www.tagesspiegel.de/politik/friseur-einzelhandel-pflegeeinrichtungen-spahn-erklaert-warum-erneute-schliessungen-unwahrscheinlich-sind/26147764.html>